

Inhaltsverzeichnis

1	Antrag	2
1.1	Antragsschreiben	2
1.2	Antragsgegenstand	3
1.3	Art des Genehmigungsverfahrens	4
1.4	Herstellungskosten	6

1 Antrag

1.1 Antragsschreiben

Die Wärme Hamburg GmbH mit Sitz in der Andreas-Meyer-Straße 8, 22113 Hamburg, beantragt hiermit die Planfeststellung der Fernwärmesystemanbindung West (FWS-West) auf Grundlage des § 65 Abs. 1 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) i. V. m. §§ 72ff. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) einschließlich aller weiteren erforderlichen behördlichen Zulassungen. Hierunter fallen im Wesentlichen:

1. Herstellung des Einvernehmens mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde, die zur Durchführung des § 15 BNatSchG erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen (§ 8 HmbBNatSchAG)
2. Baugenehmigungen nach § 72 HBauO
3. Genehmigung zur Einleitung von Abwasser nach § 11a HmbAbwG
4. Erlaubnisse nach § 8 WHG
5. Genehmigung nach § 15 HWaG
6. Erteilung der Erlaubnis nach § 4 Gesetz über Grün- und Erholungsanlagen
7. Ausnahmen nach § 17 und Genehmigungen nach § 18 PolderO
8. Genehmigung nach Abs. 2 Erhaltungsverordnung, Teil 4
9. Genehmigung nach § 3 Verordnung zu dem LSG Altona-Südwest et.al
10. Genehmigung nach § 3 Verordnung zu dem LSG Groß Flottbek
11. Erteilung von Ausnahmen nach § 30 BNatSchG (sofern erforderlich)
12. Erteilung von Ausnahmen nach § 45 BNatSchG (sofern erforderlich)

Die Wärme Hamburg GmbH ist seit dem 02.09.2019 eine 100%ige Tochtergesellschaft der HGV (Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH), der vorliegende Antrag auf Planfeststellung ist mit folgendem Projektteam erstellt:

Projektleitung: Dirk Lassen-Petersen
Genehmigungsplanung: Wiebke Blume

Entwurfsverfasser nach § 55 HBauO:

Dr. Ulrich Jäppelt
WTM ENGINEERS GMBH
Johannisbollwerk 6-8
20459 Hamburg

1.2 Antragsgegenstand

Mit der FWS-West wird eine Verbindung zwischen der neu geplanten Erzeugungsanlage am Standort Dradenau (KWK-Anlage Dradenau) und dem Weststrang, der Fernwärmetransportleitung Wedel, in Hamburg-Bahrenfeld geschaffen. Die FWS-West hat folgende technische Kenngrößen:

- Leitungslänge der Fernwärmeleitung ca. 7,6 km
- Nennweite der Fernwärmeleitung DN 800 (jeweils Vor- und Rücklauf)
- Transportmedium: vollentsalztes und sauerstoffarmes Wasser gem. TAB-HW
- Auslegungsdruck 25 bar(ü)
- Auslegungstemperatur Vor- und Rücklaufleitung 140 °C
- Maximale Betriebstemperatur 133 °C

Weitere technische Angaben finden sich im Erläuterungsbericht (Kap. 3.7). Das System Fernwärmeleitung besteht aus zwei Rohren, dem Vorlauf und Rücklauf. Der Vorlauf dient dem Transport des Heizwassers in das Fernwärmenetz und damit zum Verbraucher. Der Rücklauf des kalten Heizwasser vom Verbraucher bis zur KWK-Anlage wird über die Pumpstation Haferweg gewährleistet.

Der Leitungsverlauf der FWS-West ist in Abbildung 1.3–1 dargestellt. Südlich der Elbe ist ausschließlich Hafengebiet betroffen. Die FWS-West verläuft hier erdverlegt, überwiegend im versiegelten Straßenbereich (Dradenustraße, Antwerpenstraße, Tankweg). Die Querung der Elbe erfolgt mit einem begehbarem Tunnel, der vom Jachtweg aufgefahren und am nördlichen Elbhang im Hindenburgpark enden wird. Von dort aus verläuft die Leitung weiter erdverlegt, wieder ausschließlich im Straßenraum (Parkstraße, Groß Flottbeker Straße, Zum Hünengrab) bis zur Notkestraße. Dort bindet sie im Kreuzungsbereich in den bestehenden Weststrang ein. Dieser Verlauf hat sich in Folge eines differenzierten Bewertungsverfahrens verschiedener Trassenführungen ergeben. Eine detaillierte Beschreibung des Trassenverlaufs erfolgt in Kapitel 3.5, eine Beschreibung der Prüfung möglicher Trassenalternativen in Kapitel 3.4 des Erläuterungsberichtes sowie im UVP-Bericht. Der Bauablauf einschließlich seiner zu beachtenden umweltrelevanten Anforderungen und Ausführungszeiten wird ausführlich in Kapitel 3.10 beschrieben.

Nach Fertigstellung der FWS-West werden alle Bauflächen entsprechend ihres ursprünglichen Zustands wiederhergestellt; als Bauwerke sichtbar bleiben die Zugangsgebäude des Tunnels am Jachtweg und im Hindenburgpark.

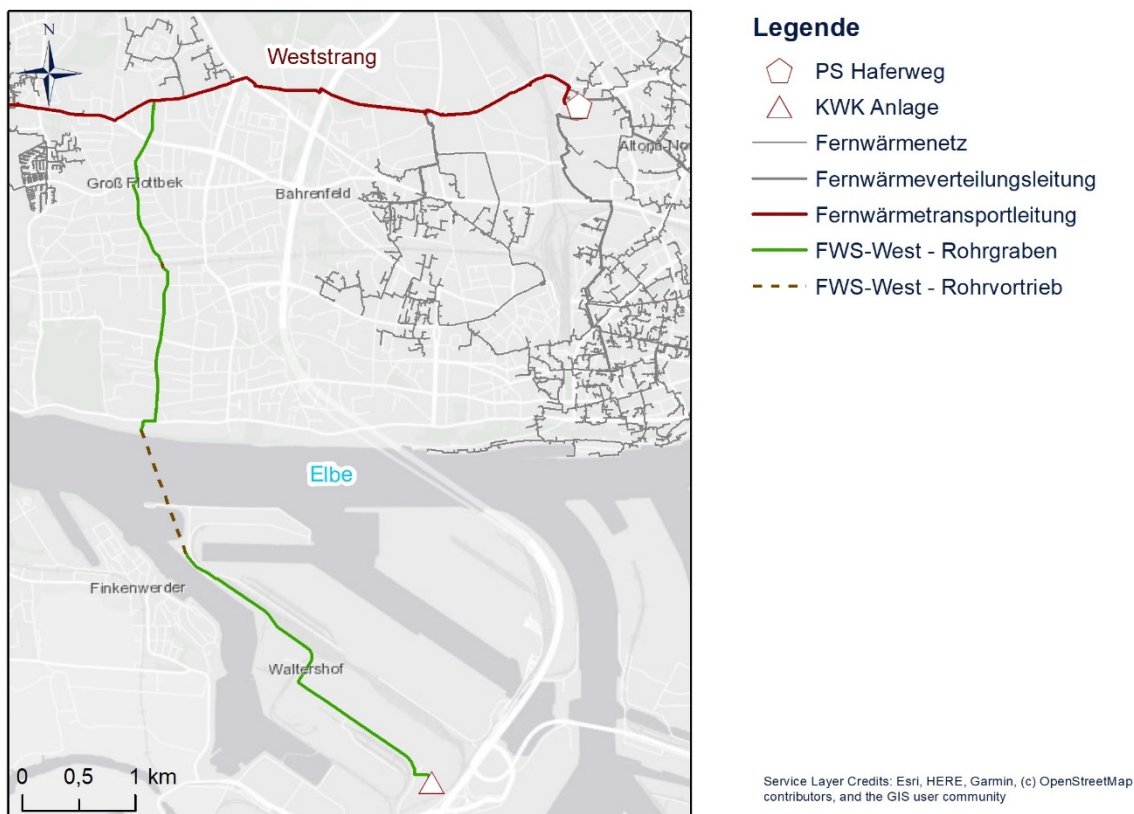


Abb. 1.3–1: Verlauf der FWS-West

1.3 Art des Genehmigungsverfahrens

Das Vorhaben der FWS-West fällt unter das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2513)), Nummer 19.7.1 der Anlage 1: Errichtung und Betrieb einer Rohrleitungsanlage zum Befördern von Dampf oder Warmwasser aus einer Anlage nach den Nummern 1 bis 10 (hier: Nr. 1.1.1 Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, ... durch den Einsatz von Brennstoffen in einer Verbrennungseinrichtung ... mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 200 MW), die den Bereich des Werksgeländes überschreitet, mit einer Länge von 5 km oder mehr außerhalb des Werksgeländes. Damit würde für das Vorhaben zunächst eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG erforderlich werden.

Mit Schreiben vom 12. März 2019 hat die Vattenfall Wärme Hamburg GmbH (VWH) bei der verfahrensführenden Behörde, der Behörde für Umwelt und Energie (BUE), Amt für Immissionsschutz und Betriebe den Antrag auf Feststellung der UVP-Pflicht gem. § 7 Abs. 3 UVPG für das Vorhaben „Errichtung und Betrieb einer Fernwärmeleitung von einer KWK-Anlage am Standort Dradenau bis zur Einbindung in den bestehenden Weststrang in Bahrenfeld“ gestellt.

Die BUE hat dem Antrag zugestimmt (24.05.2019) und ein Scopingverfahren eingeleitet (Einladung zur Klärung des Umfangs und der Methoden der Umweltverträglichkeitsuntersuchung erfolgte am 27.05.2019). Der Scopingtermin fand am 24.06.2019 statt, der Untersuchungsrahmen wurde der Antragstellerin am 25.07.2019 mit Ergänzung vom 12.08.2019 mitgeteilt. Mit der Festlegung des vorläufigen Untersuchungsrahmens wurde dem in dem Scopingtermin vorgetragenen Vorschlag des UVP-Berichtes der Antragstellerin hinsichtlich Untersuchungsraum, Methodik und Inhalt weitgehend gefolgt (13.9.2 UVP-Bericht, insbesondere Kap. 4): Der Untersuchungsraum des UVP-Berichtes erstreckt sich über einen Korridor von beidseitig jeweils 100 m entlang der Fernwärmeleitung. Die im Untersuchungsrahmen geforderte intensive Prüfung von alternativen Trassenführungen ist durchgeführt worden. Die Findung der Trassenalternativen sowie die Prüfung und Bewertung ihrer technischen Machbarkeit, ihrer baulichen Realisierung und auftretenden Konflikte erfolgen im Erläuterungsbericht (Kap. 3.4). Im UVP-Bericht werden die Trassenalternativen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen beschrieben und bewertet (13.9.2 UVP-Bericht, Kap. 10), der Prozess zur Trassenfindung, Prüfung und Bewertung der Alternativen aus technischer und baulicher Sicht werden nachrichtlich dargestellt (13.9.2 UVP-Bericht, Kap. 2 und 10). Mit der Zusammenführung der technischen und umweltbezogenen Beschreibung und Bewertung im UVP-Bericht ist das Vorhaben umfassend dargestellt und entspricht damit dem geforderten Prüfprozess der aktuellen Rechtsprechung (EuGH-Urteil (C-461/17) vom 07.11.2018).

Gemäß § 65 Abs.1 UVPG bedarf das Vorhaben aufgrund der festgestellten UVP-Pflicht der Planfeststellung. Zweck des Planfeststellungsverfahrens ist es, die Genehmigung in ein formalisiertes Verwaltungsverfahren einzubetten und auf diesem Wege auch ein Trägerverfahren für die Umweltverträglichkeitsprüfung zur Verfügung zu stellen. Dabei führt das Planfeststellungsverfahren zu einer Konzentration aller Zulassungsverfahren bei einer Behörde (Konzentrationswirkung) und somit zu einem koordinierten Genehmigungsprozess, in dem das Vorhaben unter allen rechtlichen Gesichtspunkten genehmigt wird (Genehmigungswirkung). Auf diesem Wege werden unter anderem auch die zu Ziffer 1.1 genannten Genehmigungsaspekte konzentriert. Der als Verfahrensziel ergehende Planfeststellungsbeschluss regelt die öffentlich-rechtlichen Rechtsverhältnisse zu Dritten in Bezug auf das Vorhaben verbindlich und umfassend (Gestaltungswirkung sowie Duldungs- und Ausschlusswirkung). Der Planfeststellungsbeschluss ist das Ergebnis einer planerischen Abwägungsentscheidung der zuständigen Behörde. Diese stellt eine nachvollziehende und auf Gesetzeskonformität der Planung abzielende Feststellung der Behörde dar.

Eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung in Anlehnung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (§ 25 Abs. 3 HmbVwVfG) gibt es verfahrensbegleitend nach Abgabe des Planfeststellungsantrags. Es werden verschiedene Kommunikationswege genutzt, um die Öffentlichkeit zu informieren (Kap. 3.10.4). Darüber hinaus wurden bereits in 2017 Gespräche mit dem Bezirksamt Altona geführt (Protokoll unter Kap. 3.12), aus denen sich Anforderungen an die Alternativenprüfung ergaben; diese sind in die Antragsunterlagen der FWS-West eingegangen sind (Kap. 3.4).

1.4 Herstellungskosten

Die Gebühren für das Planfeststellungsverfahren werden auf Grundlage der Hamburgischen Umweltgebührenordnung (UmwGebO, letzte Änderung vom 04. Dezember 2018) berechnet. Nach § 6 Abs. 1 UmwGebO sind die Herstellungskosten für den Bau der FWS-West anzugeben, sie betragen nach heutigem Stand 110 Mio. Euro.